

71/I/2021 SPD-Unterbezirk Oder-Spree

Industriestandort Ostbrandenburg sichern und ausbauen – Entwicklungskorridor bis Eisenhüttenstadt verlängern – Verkehr

Beschluss:

Die SPD Brandenburg fordert die SPD-Landtagsfraktion und die Kabinettsmitglieder der SPD auf, sich im Rahmen der Beratungen zum neuen Regionalentwicklungskonzept für die Verlängerung der bisher von Berlin bis Frankfurt (Oder) geplanten Achse nach Eisenhüttenstadt und darüber hinaus als „Querverbindung“ nach Cottbus und in die Lausitz einzusetzen.

Überweisen an

Landesvorstand, Landtagsfraktion

Stellungnahme(n)

Votum der Landtagsfraktion: die Landtagsfraktion begleitet den Prozess

Die Regionalentwicklungsstrategie beruht auf bereits vorhandenen Strategien, wie: dem „Strategischen Gesamt-rahmen für die Hauptstadtregion“, dem Landesentwicklungsplan, der Mobilitätsstrategie, dem Landesnahverkehrsplan, der Innovationsstrategie, regionaler Konzepte und Regionalpläne. Die Strategie baut auf Korridoren/Entwicklungsachsen auf, die sich im Wesentlichen an den wichtigsten Schienenverbindungen orientieren. Entwicklungsachsen sind kein formelles Instrument der Raumplanung, daher werden sie nicht „ausgewiesen“ oder „festgelegt“. Vielmehr zielen sie auf die Zusammenarbeit von Menschen und Institutionen entlang von über-regionalen Schienenverkehrsinfrastrukturen, auf räumlich wirkende Kooperationen von Standorten, die unterschiedlichen Potenziale der Regionen verbinden, ab.

Durch Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung sollen neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden, von denen sowohl berlinnahe als auch berlinferne Orte profitieren können und sollen. Da die konkreten räumlich und thematisch breit angelegten Vorhaben von den Regionen selbst entwickelt werden, wird sich zeigen, inwieweit Kooperationen entlang der Entwicklungsachsen genutzt und darüber hinaus ausgebaut werden.

Die Regionalentwicklungsstrategie wird in Zusammenarbeit mit den Regionale Wachstumskernen, den Landkreise, den LEADER-Aktionsgruppen und Regionale Planungsgemeinschaften erarbeitet. Eine IMAG steuert den Prozess auf Landesebene. Im November 2022 wird es einen Kabinettsbeschluss geben, der die Forderung des PT-Antrages aufgreift.